

AKTUELLE CHRONIK

von
Mara Roga

S Ü D A S I E N

Am 2. November traten die außenpolitischen Staatssekretäre aus den sieben südasiatischen Staaten zu einer Konferenz in Kathmandu zusammen, um über regionale Kooperation und Konsultationen zu diskutieren. In dem gemeinsamen Abschlußkommuniqué wurde besonders der Wille zu verstärkter wirtschaftlicher Zusammenarbeit betont.

BANGLADESH. Aus den zweimal verschobenen, dann endgültig auf den 15. Nov. festgelegten Wahlen für einen Nachfolger des Ende Mai ermordeten Präsidenten Ziaur Rahman ging der amtierende Staatschef und Kandidat der regierenden Bangladesh National Party (BNP), Abdus Sattar, als klarer Sieger hervor. Weit unterlegen blieb sein aussichtsreichster Konkurrent (39 Kandidaten hatten sich den Wahlen gestellt), Dr. Kamal Hossain der oppositionellen Awami-Liga, der daraufhin den Vorwurf der Wahlbehinderung und des Wahlbetrugs erhob und das Wahlergebnis offiziell anfocht. Zum Vizepräsidenten wurde der ehemalige Finanzminister und Wirtschaftsfachmann Mirza Nurul Huda ernannt.

Zunehmende Sorgen bereiten der Regierung in Dacca die seit Jahren andauernden Stammesunruhen in den Chittagong Hill Tracts. Vor den bewaffneten Auseinandersetzungen der Chakma-Rebellen mit Regierungstruppen und muslimischen Siedlern, die die eingesessene Bevölkerung aus ihren angestammten Gebieten verdrängen, sind Tausende nach dem indischen Bundesstaat Tripura geflüchtet; nach einem Abkommen zwischen der indischen und bengalischen Regierung sollten am 25. Nov. 1700 wieder repatriiert werden.

BHUTAN. Im September wurde Bhutan 141. Mitglied der Weltbank.

INDIEN. Anfang Sept. hielt sich Afghanistans Außenminister Shah Mohammad Dost zu Gesprächen mit Indira Gandhi und Außenminister Narasimha Rao in Delhi auf. Er äußerte die Hoffnung, Indien könne Pakistan und den Iran zu direkten Gesprächen mit der Regierung Karmal bewegen.

In der zweiten Monatshälfte des September begann Ministerpräsidentin Indira Gandhi eine Reihe von Staatsbesuchen und nahm an zwei internationalen Konferenzen teil. Auf dem Weg zum Treffen der Regierungschefs aus 42 Commonwealth-Staaten in Canberra traf sie zu Gesprächen mit Indonesiens Präsident Suharto in Jakarta ein. Beide Seiten waren sich einig über die Notwendigkeit des Abzugs der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, unterschiedliche Auffassungen bestanden weiterhin in der Frage der rechtmäßigen Regierung. Anschließend flog Frau Gandhi weiter zu den Fidschi-Inseln, deren Bevölkerung zu 51% aus Indern besteht, und nach Tonga. Auf der Commonwealth-Konferenz in Canberra wies Frau Gandhi mit Nachdruck auf die Gefahren der gegenwärtigen Politik der Supermächte und der Aufrüstungsbestrebungen hin. Besonders besorgt zeigte sie sich über die massive amerikanische Militärhilfe für Pakistan, die eine friedliche Lösung der bilateralen Probleme beider Länder gefährde. Am 22./23. Okt. nahm sie am Nord-Süd-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aus acht Industrienationen und 14 Entwicklungsländern im mexikanischen Cancún teil, wo sie das fortdauernde wirtschaftliche Elend in der Dritten Welt und die Ausweitung der Kluft zwischen Arm und Reich als ein den Frieden der Welt bedrohendes Problem bezeichnete. Mitte Nov. unternahm Indira Gandhi einen offiziellen Staatsbesuch in Frankreich, nachdem sie vorher Bulgarien und Italien besucht hatte. Die seit zwei Jahren mit Frankreich laufenden Verhandlungen über den Kauf bzw. Nachbau von insgesamt 150 Kampfflugzeugen vom Typ Mirage-2000 im Gesamtvolumen von 3 Mrd. \$ konnten noch zu keinem Abschluß gebracht werden.

Innenpolitisch war Mitte Sept. eine Annäherung der zwei im Parlament vertretenen kommunistischen Parteien Indiens zu verzeichnen. Die moskau-orientierte Communist Party of India (CPI) und die unabhängige Communist Party of India, Marxist (CPI-M), die seit 17 Jahren in ideologischer Fehde lagen, einigten sich zumindest in ihrer Kritik an der Politik Indira Gandhis. - Am 20. Okt. trat die kommunistische (CPI-M) Regierung Keralas zurück, nachdem sie die Mehrheit im Parlament verloren hatte. Der Bundesstaat wurde der Zentralregierung unterstellt.

Durch die Entführung einer Passagiermaschine nach Lahore, Pakistan, machte eine Extremistenorganisation der Sikh, die einen autonomen Staat "Khalistan" im Punjab fordern, Ende Sept. auf sich aufmerksam. Die Aktion wurde von einem pakistanischen Kommando unblutig beendet, ihr folgte eine

Reihe von Verhaftungen unter den Sikh-Führern, die in Verbindung mit der Separatistenbewegung stehen sollen.

Während einer jüngst publizierten Studie des Birla Institute of Scientific Research zufolge ausländische Entwicklungshilfe in den letzten drei Jahrzehnten dem Land mehr geschadet als genutzt habe, indem sie die Eigeninitiative gelähmt und die Abhängigkeit von Auslandshilfe gefördert habe, gab der IWF dem Gesuch Indiens um einen Kredit in der Rekordhöhe von 5,8 Mrd. \$ - dem größten je gewährten - statt, obwohl die USA und einige Entwicklungsländer Einsprüche erhoben hatten. Umfangreiche Kreditaufnahmen sind weiter bei der Asiatischen Entwicklungsbank (AEB), der IFC und auf dem Eurokreditmarkt geplant.

NEPAL. Am 16. Nov. gründete König Birendra das "Panchayat Policy and Evaluation Committee", zu dem 15 Mitglieder unter Vorsitz von Marich Man Singh ernannt wurden. Eine der Hauptaufgaben dieses Kontrollorgans über das parteilose Panchayat-System ist die Beratung des Ministerrats während der Zeit, in der die Nationalversammlung keine Sitzungsperiode hält (sie dauert vier Monate im Jahr).

Einer nepalischen Zeitungsmeldung zufolge wurden Anfang Oktober durch die schlimmsten Überschwemmungen seit 30 Jahren 1500 Menschen getötet, Tausende obdachlos und ein großer Teil der Ernte vernichtet.

PAKISTAN. Auf ihrer Rückreise von der Commonwealth-Konferenz in Canberra traf am 8. Okt. die britische Premierministerin Margaret Thatcher in Islamabad ein. Sie besuchte u.a. ein afghanisches Flüchtlingslager und sagte im Rahmen des Flüchtlingsprogrammes eine Hilfe in Höhe von 2 Mio. Pfund zu.

Eine Mitte Sept. gewährte Militär- und Wirtschaftshilfe der USA im Gesamtvolumen von 3,2 Mrd. US\$, die auch die Lieferung von 40 Kampfflugzeugen des Typs F-16 einschloß, stieß im US-Senat wegen der instabilen innenpolitischen Lage in Pakistan und des möglichen Baus einer pakistanischen Atombombe auf heftigen Widerstand. Am 21. Okt. billigte der Senat eine Verfügung, wonach Pakistan im Falle der Zündung eines Kernsprengsatzes automatisch jede Hilfe entzogen werden würde. Präsident Zia-ul Haq wies bei einem Besuch des türkischen Staatschefs Kemal Evren Ende Nov. darauf hin, daß Pakistan wie auch jedes andere Entwicklungsland das Recht auf Kerntechnologie habe, um sie bei den vielfältigen Entwicklungsprogrammen, besonders bei der Lösung des Energieproblems, einsetzen zu können. Auch

das Rüstungsprogramm diene ausschließlich der Verteidigung des Landes und sei nicht als Bedrohung anderer Länder zu verstehen.

Zu einer Einigung mit Indien über einen bilateralen Nichtangriffspakt ist es bisher noch nicht gekommen. Die Beziehungen beider Länder wurden Ende Nov. durch die wechselseitige Ausweisung von Diplomaten aufgrund von Spionagevorwürfen belastet.

In Karachi wurde am 9. Nov. eine nächtliche Ausgangssperre verhängt, nachdem es zu wiederholten Zusammenstößen zwischen schiitischen und sunnitischen Moslems gekommen war. Zu Massenverhaftungen, besonders unter Hochschulangehörigen, führten auch Auseinandersetzungen zwischen Gegnern des Militärregimes und Sicherheitskräften in Islamabad.

SRI LANKA. Der seit dem 17. Aug. bestehende Ausnahmezustand wurde nach einem erneuten Terroranschlag im Norden des Landes am 17. Okt. um einen Monat verlängert. Zur Verhinderung weiterer Ausschreitungen zwischen der tamilischen Minderheit und der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit plant die Regierung den Einsatz einer freiwilligen Bürgerwehr, die aus allen ethnischen Gruppen zusammengesetzt ist.

Anfang Nov. beendete die Oppositionspartei Tamil United Liberation Front (TULF) ihren seit dem 24. Juli andauernden Parlamentsboykott, nachdem die Regierung ihren Forderungen weitgehend zugestimmt hatte; in gemeinsamen Gesprächen beschloß man, bei der Lösung des Rassenkonflikts zusammenzuarbeiten.

Um die Bedingungen des IWF für die Gewährung eines Kredits in Gesamthöhe von 260 Mio. an Sonderziehungsrechten (297,9 Mio.\$) zu erfüllen, will die Regierung Jayewardene erhebliche Kürzungen bei ihren Entwicklungsprogrammen, öffentlichen Ausgaben und Wohlfahrtssubventionen vornehmen.

S Ü D O S T A S I E N

Vom 7. bis 10. Okt. trafen sich die Vertreter der nationalen Ölgesellschaften der fünf ASEAN-Staaten zur 2. Konferenz des ASEAN Council on Petroleum (ASCOPE) in Manila, um Fragen der zukünftigen Energiepolitik zu erörtern. Man war sich einig, daß der bisherigen Abhängigkeit von Ölimporten und zur Deckung des Energiebedarfs nur durch Entwick-

lung alternativer Energiequellen wie Kohle, Gas, Biomasse, Alkohol etc. zu begegnen sei. Beschlossen wurde die Gründung einer Kohleinformationsbehörde in Bangkok. - Am 23. Nov. veranstalteten der ASEAN Banking Council und der ASEAN-US Business Council ihre erste gemeinsame Wirtschaftskonferenz in Kuala Lumpur, die zu verschiedenen, wenn auch nicht beschlußwirksamen Vorschlägen zur Ausweitung der ASEAN-US-Wirtschaftsbeziehungen führte.

BIRMA. Von Anfang bis Mitte Okt. fanden allgemeine Wahlen statt, bei denen durch Ja- oder Nein-Stimmen 475 von der Partei nominierte Kandidaten für das neue Parlament gewählt wurden. Am 9. Nov. wählte daraufhin der vom Parlament eingesetzte 28köpfige Staatsrat als Nachfolger des zurückgetretenen Generals Ne Win zu seinem Vorsitzenden und Präsidenten des Landes San Yu. Als Premierminister wurde Maung Maung Kha für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt. Seinem 17 Mitglieder umfassenden Kabinett gehören als Vizepremiers Tun Tin und Verteidigungsminister Gen. Kyaw Htin an, zum Außenminister wurde Chit Hlaing ernannt.

Wirtschaftlich konnte Birma zum fünften Mal in Folge ein beeindruckendes Wachstum verzeichnen. Nach einem Jahresbericht der US-Botschaft in Rangun betrug das BIP-Wachstum 1980-81 8,3%; das Pro-Kopf-Einkommen stieg in den letzten vier Jahren bei konstanten Preisen um etwa 30%, die Inflationsrate sank im gleichen Zeitraum unter 5%.

BRUNEI. Am 7. Sept. wurde Pehin Dato Abdul Aziz zum neuen Premierminister ernannt. Die Ernennung erfolgte im Zuge einer Umbildung in der Administrationsspitze im Hinblick auf die für 1983 erwartete Unabhängigkeit von Großbritannien. Das kleine, weniger als 200.000 Einwohner zählende Sultanat ist dank seines Erdöl- und Erdgas-Reichtums, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen, eins der reichsten Länder der Erde.

INDONESIEN. Indiens Ministerpräsidentin Indira Gandhi traf am 24. Sept. zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Jakarta ein, wo sie Gespräche mit Präsident Suharto über bilaterale, regionale und internationale Fragen führte. Sie wies auf die strategische Bedeutung Indonesiens als eines stabilisierenden Faktors in der Region hin und auf die Rolle, die es als Mitglied der ASEAN, der Blockfreien-Bewegung und als Entwicklungsland für die Stärkung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einnehmen könne. Vom 9. bis 12. Okt. hielt sich der tansanische Präsident Julius Nyerere in Indonesien auf. Auf einer Pressekonferenz

ließ er verlautbaren, daß trotz der freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten Schwarzafrika weiterhin von den indonesischen Argumenten für die Annexion Ost-Timors nicht überzeugt sei. - Am 19. Okt. wurden die seit zehn Jahren eingefrorenen diplomatischen Beziehungen zu Kuba wieder aufgenommen.

Nach Jahren relativer Ruhe intensivierten Mitglieder des Free Papua Movement, die ein unabhängiges Irian auf dem heutigen Boden der indonesischen Provinz Irian Jaya fordern, an der Grenze zu Papua-Neuguinea wieder ihre Aktivitäten. Nach wiederholten Angriffen auf staatliche Einrichtungen in Jayapura nahmen sie 50 Angestellte einer Fabrik als Geiseln, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen; die Geiseln konnten unter Militäreinsatz unbeschadet wieder befreit werden.

Im Zuge der Bekämpfung der Korruption unter hohen Regierungsvertretern wurden im Okt. mehr als 600 Beamte aus dem Finanz- und dem Handelsministerium entlassen, versetzt oder zeitweilig suspendiert; auch im Justizministerium sollen personelle Veränderungen vorgenommen werden.

KAMBODSCHA. Die drei Repräsentanten der Hauptwiderstandsgruppen gegen das von Vietnam unterstützte Heng-Samrin-Regime, Prinz Norodom Sihanouk, der ehemalige Premierminister Son Sann und Khmer-Rouge-Führer Khieu Samphan - gaben am 14. Nov. eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie sich auf die Grundsätze von Regierungsbildung und politischem Programm geeinigt hätten.

Die UNO-Vollversammlung beschloß am 18. Sept. mit 77:37 Stimmen, dem gestürzten Pol-Pot-Regime als der rechtmäßigen Vertretung Kambodschas weiterhin seinen Sitz in der UNO zuzuerkennen. - Am 21. Okt. stimmte die 36. UNO-Vollversammlung mit 100:25 Stimmen zum drittenmal einer Resolution zu, die den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha fordert; ausdrücklich wurden nochmals die Vorschläge der internationalen Kambodscha-Konferenz vom Juli in New York zur Lösung des Kambodscha-Problems gutgeheißen.

Eine UNO-Expertengruppe, die Behauptungen der USA nachgehen sollte, in Kambodscha und Laos seien von den Vietnamesen chemische Waffen eingesetzt worden, konnte dies Ende Nov. weder bestätigen noch widerlegen.

Nach einem Bericht des in Manila tagenden Internationalen Roten Kreuzes (Anf. Nov.) soll die Mindestversorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln erstmals wieder ge-

sichert sein; internationale Hilfsflüge wurden nach einer Unterbrechung wegen zeitweiliger Erhebung von Flughafen-gebühren wiederaufgenommen.

LAOS. Premierminister Kaysone Phomvihane hielt sich Mitte Sept. zu Gesprächen in Moskau auf; es war nach dem Besuch des Vorsitzenden der KP Vietnams, Le Duan, und des kambodschanischen Premiers Pen Sovann die dritte Gesprächsrunde zwischen der sowjetischen Regierung und den Führern der Indochina-Staaten in diesem Monat. Ende Okt. war Außenminister Phoune Sipraseuth Gast seines sowjetischen Amtskollegen Gromyko in Moskau. In einem Kommuniqué nach Abschluß der Gespräche äußerten beide Seiten Kritik an den USA und China, die durch ihr gemeinsames "Paktieren" den Frieden in der Welt und besonders in Asien bedrohten. - Auf seiner Rückreise von der UNO-Vollversammlung in New York besuchte Sipraseuth am 7. Okt. Kuba und am 17. Okt. Ungarn.

MALAYSIA. Seit seiner Amtsübernahme im Juli hat sich Premierminister Mahathir Mohamad bemüht, den Regierungsapparat effektiver zu gestalten, indem er einschneidende Maßnahmen gegen Korruption, Behördenschlendrian und Mißbrauch von Amtsgewalt ergriff. Auch in den auswärtigen Beziehungen setzte Mahathir neue Akzente. Er lehnte eine Teilnahme an der Commonwealth-Konferenz in Australien ab und verhängte Anfang Okt. Sanktionen gegen britische Exporte. Regierungsbehörden wurden angewiesen, bei Importen aus Großbritannien erst nachzuprüfen, ob sie nicht durch einheimische Produkte ersetzt werden können und vor Vertragsabschluß die Billigung seines Büros einzuholen.

Zur Eindämmung von Schmuggel und Guerillero-Infiltration beschloß die Regierung am 29. Okt., einen Zaun an der Grenze zwischen Perak und Thailand, ähnlich dem bereits in Perlis bestehenden, zu errichten. 63 kommunistische Guerilleros sollen in diesem Jahr in Dschungelkämpfen von Sicherheitstruppen erschossen worden sein.

Zwei Herausgeber der Zeitschrift "Watan" wurden Mitte Okt. unter dem Internal Security Act wegen der Wiedergabe eines Artikels aus einer kommunistischen Publikation verhaftet.

In Sabah gewann die regierende Berjaya-Partei in einer Nachwahl am 9. Nov. zwei von drei Parlamentssitzen. - Pahangs neuer Chefminister wurde am 11. Nov. Datuk Abdul Rashid.

PHILIPPINEN. Mitte Sept. veranstalteten Studenten die mit über 10.000 Teilnehmern seit fast einem Jahrzehnt größte

Anti-Marcos-Demonstration. Präsident Marcos drohte für den Fall fortgesetzter Störung des philippinischen Entwicklungsprogramms durch subversive Kräfte unter der Studenten- und Arbeiterschaft mit der Wiedereinführung des Kriegsrechts, das erst im Januar 1981 aufgehoben worden war.

Kämpfe kommunistischer und muslimischer Rebellen mit Regierungstruppen wurden im Sept. und Nov. verstärkt fortgesetzt; auf beiden Seiten sollen in diesem Zeitraum nach Angaben des Militärs jeweils etwa 40-50 Opfer zu verzeichnen sein. Seit Beginn der intensivierten Militäroffensive gegen die Guerilleros im Aug. sollen sich bis Anfang Sept. 1.500 Rebellen freiwillig gestellt haben; allein in der letzten Oktoberwoche meldete man 71 Überläufer. Am 12. Nov. wurden mehrere Mitglieder der United Socialist Democratic Party, die nach Angaben von Verteidigungsminister Enrile ein Trainingslager in Malaysia unterhalten, verhaftet.

SINGAPUR. Am 23. Okt. wählte das Parlament zum neuen Staatspräsidenten Devan Nair, der damit die Nachfolge des im Mai verstorbenen Dr. Benjamin Sheares antritt. Nair, gebürtiger Inder und Mitbegründer der Regierungspartei People's Action Party (PAP), war jahrelang Führer des Gewerkschaftsdachverbandes National Trade Union Council (NTUC).

Am 21. Sept. wurde eine neue politische Partei, die Singapore Democratic Party (SDP), gegründet.

Die PAP verlor bei einer Nachwahl am 31. Okt. zum erstenmal seit 19 Jahren einen Parlamentssitz an einen Oppositionskandidaten. Die Nachwahl war erforderlich geworden, nachdem Devan Nair bei seiner Nominierung für das Amt des Präsidenten von seinem Parlamentssitz zurückgetreten war.

THAILAND. Premierminister Prem Tinsulanonda besuchte vom 3. bis 9. Okt. die USA. Thailand wünscht verstärkte amerikanische Investitionen und eine Ausweitung der eigenen Exporte in die USA. Das Handelsdefizit Thailands mit den USA hat sich seit 1978 auf 750 Mio. US\$ verdreifacht.

Anfang Nov. stattete Premier Prem Japan einen offiziellen Besuch ab. Von Ministerpräsident Suzuki bekam er die Zusage verstärkter Hilfe für Thailands Entwicklungsprogramm, besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet, sowie einer Anhebung der Darlehen im Rahmen der offiziellen japanischen Entwicklungshilfe für 1982 (1981: 55 Mrd. Yen); es wurde auch ein Abkommen über technische Zusammenarbeit unterzeichnet. - Nach Tokyo machte Prem Station in Seoul, wo er die bei Präsident Chun Doo-hwans Besuch im Juli aufgenom-

menen Verhandlungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit fortsetzte.

Wiederholte Gefechte an der thailändisch-kambodschanischen Grenze zwischen vietnamesischen Truppen und thailändischen Grenzpatrouillen veranlaßten die Regierung Anfang Nov., ihre Truppen im Grenzgebiet in Alarmbereitschaft zu versetzen.

Im Okt. verkündete die Regierung Erfolge bei ihrer langfristig angelegten Bekämpfung der kommunistischen Guerilla in den nordöstlichen und südlichen Grenzgebieten.

VIETNAM. Anfang Sept. war der indonesische Chef der militärischen Abwehr, Gen. Benny Murdani, zu Gesprächen mit Außenminister Co Thach in Hanoi. Er kam im Auftrage Präsident Suhartos, um den Dialog zwischen den ASEAN-Ländern und Vietnam zur Beilegung des Kambodscha-Konflikts weiterzuführen.

Zu einem "Freundschaftsbesuch" lief am 12. Okt. ein sowjetischer Flottenverband in Da Nang ein. Vizeadmiral Nikolai Yassakov, der auch stellvertretender Kommandeur der sowjetischen Pazifik-Flotte ist, bekräftigte bei einem Zusammentreffen mit Premierminister Pham Van Dong und Verteidigungsminister Van Tien Dung die Freundschaft zwischen dem sowjetischen und vietnamesischen Volk. Am 15. Okt. traf PLO-Führer Arafat auf seiner Asienreise in Hanoi ein.

Die Anzahl der Flüchtlinge, die das Land illegal mit Booten verlassen, nahm wieder stark zu. Nach Angaben des UNHCR sollen es im Okt. über 5.500 gewesen sein; insgesamt seien bis Ende Okt. 239.922 Flüchtlinge aus den drei Indochina-Staaten in Durchgangslagern registriert worden.

O S T A S I E N

VR CHINA. Am Vorabend des 32. Jahrestages der Proklamation der Volksrepublik (1.10.1949) und kurz vor der Feier zum 70. Jahrestag der Revolution von 1911 (10. Okt.), der bisher nur von den Nationalchinesen auf Taiwan gewürdigt wurde, bot die Beijinger Führung der Guomindang-Regierung in Taibei eine Wiedervereinigung mit erstmalig eingeräumten Sonderrechten an: Den Nationalchinesen würde nach erfolgtem Zusammenschluß das Recht auf Mitregierung Gesamtchinas, weitgehende Autonomie, die Beibehaltung seines kapitalistischen Wirtschaftssystems, seiner Lebensweise sowie seiner Streitkräfte eingeräumt. Der Vorschlag wurde von Taibei jedoch als "Propaganda" zurückgewiesen.

Die politischen Spannungen mit den USA wegen ihrer Taiwan-Politik vertieften sich. Am 29./30. Okt. führte Außenminister Huang Hua Gespräche mit US-Außenminister Haig und Präsident Reagan in Washington, in denen erneut der chinesische Unmut über die amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan vorgebracht wurde.

Anfang Okt. traf Bundesaußenminister Genscher zu einem dreitägigen Besuch in Beijing ein, wo er Unterredungen mit Huang Hua, Vizepremier Gu Mu sowie Ministerpräsident Zhao Ziyang und Vizeparteichef Deng Xiaoping führte. Ziel der Gespräche war ein umfassender politischer Dialog, bei dem es neben internationalen Fragen auch um die Ausweitung der chinesisch-deutschen Beziehungen, besonders auf kulturellem Gebiet, ging. - Nachdem Bundesverkehrsminister Hauff Ende Sept. in Beijing ein Eisenbahnabkommen unterzeichnet hatte, wurde am 2. Okt. ein neuer Drei-Jahres-Wissenschaftsvertrag zwischen der Max-Planck-Gesellschaft und der chinesischen Akademie der Wissenschaften geschlossen, der gemeinsame Forschungen auf dem Gebiet der Astrophysik, der Meteoritenforschung, der Pflanzenzüchtung und Heilpflanzenforschung vorsieht. Am 23. Nov. folgte die Unterzeichnung einer Vereinbarung über Zusammenarbeit in der Agrarforschung und ein Vertrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften über Kooperation in der Grundlagenforschung.

Jassir Arafat, der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), die von der VR China seit mehr als zehn Jahren politisch, diplomatisch und militärisch unterstützt wird, bekam bei seinem Besuch in Beijing am 7. Okt. zwar die Zusage von Waffenlieferungen, allerdings nicht in dem gewünschten Umfang. Chinas Hilfsmöglichkeiten, so Deng Xiaoping, seien begrenzt, die PLO möge sich mehr auf die "eigenen Anstrengungen verlassen".

Ende Okt. begannen Verhandlungen mit Saudi-Arabien über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen; Saudi-Arabien ist der einzige arabische Staat, der noch Taiwan anerkennt.

Vom 18. bis 22. Nov. hielt sich der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in Beijing auf, wo er von Zhao Ziyang und Deng Xiaoping empfangen wurde. Zwischen beiden Seiten wurde ein hoher Grad an Übereinstimmung in der Bewertung der weltpolitischen Entwicklung festgestellt.

Die Parteizeitung "Rote Fahne" veröffentlichte im Nov. scharfe Angriffe gegen die Korruption in der KP. Es wur-

den Reden Deng Xiaopings zitiert, in denen mangelnde Disziplin in der Partei kritisiert und gerichtliche Schritte gegen korrupte Beamte gefordert wurden. Auch die Kritik an Befürwortern von "absoluter Freiheit" wurde verschärft: Chinas wirtschaftliches und kulturelles Niveau sei noch zu niedrig, um größere Redefreiheit verantworten zu können; auch sei die chinesische Gesellschaft noch nicht frei von reaktionärem und anarchistischem Denken. -

Am 30. Nov. begann in Beijing die 4. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses. Ministerpräsident Zhao Ziyang erstattete einen Bericht über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Landes und die Richtlinien für die künftige Wirtschaftsentwicklung. Auf der Tagesordnung standen daneben u.a. der Haushaltsplan 1981 und die geplante Verfassungsänderungen.

JAPAN. Nach seinem Besuch der VR China traf PLO-Führer Arafat am 12. Okt. in Tokyo ein. In Unterredungen mit Premierminister Suzuki und Außenminister Sonoda wurde Arafat der Standpunkt Japans dargelegt, wonach es sowohl das Existenzrecht Israels als auch das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung anerkenne. Eine Lösung des Nahost-Konflikts sieht Japan nur in Gesprächen zwischen alle Beteiligten, einschließlich der PLO, die auf der Grundlage des Abkommens von Camp David geführt werden müßten. Aber auch der 8-Punkte-Vorschlag Saudi-Arabiens bietet aus japanischer Sicht Möglichkeiten für einen dauerhaften Frieden in Nahost; dies gab Premierminister Suzuki nach einem Gespräch mit dem saudiarabischen Kronprinzen Fahd auf dem Nord-Süd-Gipfeltreffen im mexikanischen Cancún zu erkennen.

Vom 4. bis 8. Nov. war Thailands Premierminister Prem Gast der Regierung in Tokyo. In Gesprächen über die sicherheitspolitische Lage in Südostasien begrüßten beide Seiten die Bemühungen der drei Widerstandsgruppierungen Kambodschas um eine Einigung zur Bildung einer Koalition als einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zur Lösung des Kambodscha-Konflikts.

Der bayerische Ministerpräsident F.J. Strauß rief bei seinem Besuch Mitte Nov. Japan auf, seine wirtschaftliche und politische Stärke vermehrt für internationale Stabilität und die Sicherung des Friedens in der Welt einzusetzen; es solle seiner "geschichtlichen Aufgabe als Ordnungsmacht" in der Region gerecht werden.

Anfang Nov. wurden die ersten Urteile in dem seit 1977 laufenden "Lockheed-Prozeß" verkündet. Zu einem Jahr Haft ohne Bewährung wurde der Geschäftsmann Kenji Osano, ein enger Freund des ehemaligen Premiers Kakuei Tanaka, verurteilt.

Am 30. Nov. fand eine umfassende Regierungsumbildung statt, bei der 15 der 20 Kabinettsmitglieder ausgewechselt wurden; zuvor hatte Premierminister Suzuki, der zugleich Vorsitzender der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) ist, auch die wichtigsten Parteiämter neu besetzt. Neuer Außenminister wurde der bisherige LDP-Generalsekretär Yoshio Sakurauchi, dessen Amt Susuma Nikaido übernahm.

NORDKOREA. Auf Einladung von Präsident Kim Il-sung hielt sich PLO-Führer Arafat vom 10. bis 12. Okt. in Pyongyang auf. Im gleichen Monat besuchten Angolas Präsident Jose Eduardo Dos Santos und Togos Präsident Gen. Eyadema Nordkorea. - Anfang Nov. wurde der neue Staat Antigua-Barbuda offiziell anerkannt.

Den USA wurde erneut die Verletzung des nordkoreanischen Luftraums vorgeworfen; allein im Okt. seien insgesamt elf "Spionage-Flüge" registriert worden. - Ein Vorschlag Südkoreas, beide Teilstaaten sollten sich um die Aufnahme in die UNO bewerben, wurde von Nordkorea als Versuch, die Teilung Koreas festzuschreiben, zurückgewiesen.

Zu neuen Vizepremiers wurden Hong Song Ryong und Kim Hoe-il ernannt.

SÜDKOREA. Bei seinem offiziellen Besuch vom 28. bis 30. Sept. besprach der kanadische Premier Trudeau mit Präsident Chun Doo-hwan und Premierminister Nam Duck-woo gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen, besonders die Sicherheitslage auf der geteilten Halbinsel und die Entwicklung der südkoreanischen Kernkraftindustrie.

Zur Förderung der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten wurde die Einrichtung von Verbindungsbüros beschlossen. Mit Thailands Premierminister Prem, der im Nov. Südkorea besuchte, wurde die Ausweitung der Handelsbeziehungen und eine verstärkte Investitionstätigkeit Südkoreas in Thailand, z.B. im Schiffbau, erörtert.

In einer umfassenden Verwaltungsreform Anfang Nov. wurden zahlreiche Stellen in Behörden und Ämtern gestrichen oder umbesetzt; es wurde ein Verhaltenskodex für die Mit-

glieder der regierenden Democratic Justice Party (DJP) ausgearbeitet und ein obligatorischer Diensteid im öffentlichen Dienst eingeführt.

Im Okt. kam es wieder zu Studentenunruhen in Seoul; es gab mehrere Verletzte, 38 Studenten wurden verhaftet.

Zur etwa gleichen Zeit gab die Regierung die Aufdeckung eines nordkoreanischen Spionagerings bekannt. Mehrere Personen wurden festgenommen, darunter zwei Studenten, von denen der eine im Eilverfahren des Distriktgerichts von Seoul zu einer siebenjährigen Gefängnisstrafe, der andere zum Tode verurteilt wurde.

Das Internationale Olympische Komitee wählte am 30. Sept. Seoul zur Austragungsstätte der Olympischen Sommerspiele 1988.

TAIWAN. Das von Beijing zum 70. Jahrestag der Revolution von 1911 unterbreitete Wiedervereinigungsangebot wurde von Staatspräsident Chiang Ching-kuo als "propagandistisches Manöver" abgelehnt; eine Wiedervereinigung sei nur unter einem demokratischen System möglich.

Derweilen herrscht ein Boom bei den indirekten, über Hongkong laufenden, Textilexporten in die VR China: In den ersten acht Monaten 1981 beliefen sich Hongkongs Re-Exporte taiwanesischer Textilgüter auf 187 Mio.US\$ und lagen damit 200% über dem Ergebnis der Vorjahresperiode.

Bei Lokal- und Regionalwahlen errang am 14. Nov. die Guomintang 75% der Sitze.

S Ü D P A Z I F I K

AUSTRALIEN. Am 30. Sept. eröffnete Ministerpräsident Malcolm Fraser das achttägige Treffen der Staats- und Regierungschefs aus 42 Commonwealth-Ländern. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Nord-Süd-Konflikt, aber auch die sicherheitspolitische Lage in der Welt und die Apartheid-Politik Südafrikas. In einem 90-Punkte-Abschlußkommuniqué forderten die Mitglieder u.a. eine internationale Reduzierung der Zollbarrieren und die Schaffung neuer Wirtschaftsbeziehungen zwischen armen und reichen Ländern; sie unterstützten das Selbstbestimmungsrecht der pazifischen Völker und deren Forderungen nach sofortiger Beendigung nuklearer Atomtests und der Atommüllagerung im Pazifischen Ozean; der internationalen nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle sei unbedingte Priorität einzuräumen.

Mitte Nov. wurde dem Parlament der Untersuchungsbericht der Campbell-Kommission vorgelegt, der grundlegende Veränderungen im australischen Finanzwesen vorsieht. Neben der Zulassung ausländischer Banken wird darin auch die Beendigung der staatlichen Zins- und Devisenkontrollen und die Wechselkursfreigabe des A\$ verlangt.

NEUSEELAND. Ministerpräsident Robert Muldoon, der an der einwöchigen Commonwealth-Konferenz in Canberra teilnahm, übte Kritik an der, seiner Meinung nach, verfrühten Veröffentlichung der sog. "Melbourne-Deklaration"; er sagte, sie sei ohne die offizielle Zustimmung aller Teilnehmer erlassen worden und bestehe inhaltlich nur aus "frommen Plattitüden" anstatt aus konkreten Vorschlägen zur Reduzierung des Mißverhältnisses zwischen Arm und Reich.

Als zweiter schwarzafrikanischer Staat nahm Kenya nach Tansania im Sept. diplomatische Beziehungen zu Neuseeland auf.

Am 28. Nov. fanden Parlamentswahlen statt, aus denen die regierende National Party mit einer sehr knappen Mehrheit als Sieger hervorging. Danach errang die Regierungspartei 47 der 92 Parlamentssitze, die oppositionelle Labour Party 43; die Social Credit League konnte ihre zwei Sitze halten.

PAPUA-NEUGUINEA. Stammesunruhen führten Ende Sept. zu massivem Polizeieinsatz im Hochland von Papua-Neuguinea. Mit Tränengas wurde gegen etwa 10.000 Stammesangehörige vorgegangen, die bei einer politischen Veranstaltung mit Pfeil und Bogen geschossen hatten. - Zu einem erneuten Zwischenfall kam es an der Grenze zu Indonesien, wo Ende Okt. 15 Anhänger der Irian-Jaya-Separatisten von indonesischen Truppen getötet worden sein sollen.

SÜDPAZIFISCHE-INSELN. Im westpazifischen Belau, das noch zum US-Treuhandgebiet gehört, wurde im Okt. eine Regierung mit fünf Kabinettsmitgliedern gebildet; zum Premierminister wurde Alfonso Oiterong ernannt. Der seit Aug. amtierende Premierminister Mamaloni der Salomon-Inseln erklärte, sein Land werde um Entwicklungshilfe auch Staaten des sowjetischen Block ersuchen, sollte die britische, australische und neuseeländische Unterstützung unzureichend sein. Zu einer Massenkundgebung kam es am 11. Nov. in Nouméa, der Hauptstadt des französischen Überseeterritoriums Neukaledonien. 25.000 Teilnehmer, die nicht nur aus Weißen bestanden, demonstrierten für eine Beibehaltung des französischen Status, während es durch einige hundert radikaler Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung zu gewalttätigen

Ausschreitungen kam. Die Separatisten, zu denen besonders die auf dem Land lebenden Ureinwohner, die Kanaken, gehören, fordern in einer Präsident Mitterrand in Paris übergebenen Denkschrift für 1982 die Unabhängigkeit sowie eine Bodenreform, bei der das Land wieder in Familienbesitz zurückgeführt werden solle. Vanuatus Ministerpräsident Pater Walter Lini setzte sich vor der UNO-Vollversammlung im Sept. für die uneingeschränkte Selbstbestimmung aller pazifischen Völker unter kolonialer Herrschaft ein. Nachdem Vanuatu im Juli Mitglied der UNO geworden war, folgte Ende Sept. auch der Beitritt zur Weltbank. In Tuvalu wurde Dr. Tomasi Puapua vom Parlament zum neuen Regierungschef gewählt (17. Sept.). Im Aug. besuchte Tongas König Taufa'ahau Tupou IV. Kuwait, um u.a. über den möglichen Bau eines Erdöldepots auf Tonga zu sprechen. Im Nov. empfing Bundesaußenminister Genscher Tongas Außen- und Verteidigungsminister Kronprinz Tupouto'a. Frankreichs Regierung gestand Mitte Okt. Französisch-Polynesien durch Verfassungsänderungen die innere Selbstverwaltung zu; endgültige Details sollen in Kürze ausgearbeitet werden.